



NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND



Foto: SPD-Landesgruppe Niedersachsen/Bremen

**„Unser 12.
Bundespräsident:
Frank-Walter
Steinmeier!“**

Moin!

EIN VERSÖHNER ALS STAATSOBERHAUPT

Bundesversammlung in Berlin

Am 11. Februar hat die Bundesversammlung Frank-Walter Steinmeier (SPD) zum neuen deutschen Bundespräsidenten gewählt. Auch ich habe wie die meisten der Stimmberechtigten meine Stimme für unseren bisherigen Außenminister abgegeben. Sein Amt tritt er am 19. März an.

Die Bundesversammlung tritt turnusmäßig alle fünf Jahre zur Wahl des Bundespräsidenten zusammen. Zu den 630 Bundestagsabgeordneten kommen dabei 630 Vertreter der Länder, die je nach Bevölkerungszahl von den jeweiligen Landtagen gewählt werden. Aus Niedersachsen waren es in diesem Jahr 63 Delegierte. Das sind nicht nur Politiker, sondern oft auch in ihren jeweiligen Regionen enga-

gierte Personen oder ehrenamtlich Aktive des öffentlichen Lebens.

Ich freue mich, dass mit Frank-Walter Steinmeier ein Versöhner und Verständiger das wichtige Amt des Bundespräsidenten übernimmt. Sowohl in seiner ersten Amtszeit von 2005 bis 2009 als auch in der laufenden Legislaturperiode ist er als Chefdiplomat immer für Ausgleich und Kooperation und gegen Konfrontation und Blockdenken eingetreten. Damit ist er genau der Richtige in einer Zeit, in der rechte Hetzer sich bemühen, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität durch Hass und Ausgrenzung zu ersetzen. Gegen solche Versuche wird er klare Kante zeigen und zugleich wichtige Dialoge führen.

Die selbsternannten Kenner der Politik waren sich sicher: Die Begeisterung für Martin Schulz hält nicht an. Doch Stand jetzt ist klar: Der „Schulz-Effekt“ ist real, das Umfragehoch war kein Strohfeuer. Martin Schulz spricht offen und sympathisch Themen wie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Sicherung an, die Millionen Menschen betreffen. Diese hat die CDU-Kanzlerin seit Jahren zu ignorieren versucht. Nun liegt es an uns, weiter zu überzeugen, für unsere Werte zu streiten und dafür zu sorgen, dass in diesem Herbst Martin Schulz ins Kanzleramt einzieht.

Dazu gehört verlässliche Politik, etwa beim vernünftigen Einsatz von Haushaltsmitteln zum Neubau einer modernen Turnhalle in Metjendorf (S. 4). Dazu gehört für mich auch, als Abgeordneter direkt und bequem ansprechbar zu sein. Deswegen könnt ihr mich jetzt auch per **WhatsApp** unter der Nummer **0151 - 689 21085** erreichen. Also: Schreibt mir einfach, wenn ihr ein Anliegen habt!

Ever Dennis

FAIRNESS IN DER VORSTANDSETAGE

Maß und Mitte bei Managergehältern wieder herstellen

Guter Lohn für gute Arbeit: ein Prinzip, das für alle gelten muss. Manche Manager kassieren Boni in Millionenhöhe trotz gravierender Fehler, die Arbeitsplätze kosten und schwere volkswirtschaftliche Schäden anrichten - während einfache Angestellte dafür ihren Job verlieren. Das ist weder gerecht noch nachvollziehbar. Es gibt Fälle, in denen Vorstandsmitglieder hundertmal so viel verdienen wie die übrigen Angestellten des Unternehmens, die das auch noch in Form von Steuern mitfinanzieren. Vorstandsbezüge können nämlich bisher in voller Höhe als Betriebsausgabe steuerlich abgesetzt werden. Damit muss Schluss sein!

Deshalb haben wir jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Maß und Mitte wiederherstellen soll. Dazu gehört ganz konkret: Wenn die Gesamtbezüge 500.000 Euro überschreiten, soll eine steuerliche Absetzbarkeit in Zukunft nicht mehr möglich sein.

Dabei geht es nicht um Neid! Wer herausragende Leistungen erbringt, soll auch entsprechend bezahlt werden dürfen. Das gilt für ManagerInnen wie auch für SpitzensportlerInnen oder manche/n SchauspielerIn. Wenn jedoch der Bund wie im Jahr 2009 über 25 Milliarden Euro mobilisiert, um Jobs zu erhalten und im gleichen Jahr der scheidende Porsche-Chef Wiedeking eine Rekordabfindung von 50 Millionen Euro erhält, dann läuft etwas gewaltig schief - das wollen wir ändern.

Wir fordern deshalb auch einen gesetzlichen Anspruch des Aufsichtsrates, bei schlechter Leistung eines Mitglieds des Vorstandes dessen Gehalt reduzieren oder zurückfordern

zu können. Aufsichtsräte sollen dabei an langfristige wirtschaftliche und soziale Kriterien gebunden sein. Diese Änderungen sind aber nur ein Teil unserer Vorschläge für mehr Fairness.

Wenn ihr alle Details erfahren möchtet: Eine Kopie des Gesetzentwurfs schicke ich euch gerne zu. Eine kurze E-Mail an meine Büros genügt!



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

UNSER WEG: VERBESSERUNGEN BEIM ARBEITSLOSENGELD I

Recht auf Qualifikation soll gestärkt werden

Einer der thematischen Schwerpunkte der SPD für die kommenden Monate und Jahre ist ein neues Arbeitsmarktkonzept, bei dem die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Vordergrund steht. Ich finde eines ganz besonders wichtig: Wer seinen Arbeitsplatz verliert, der soll schnell wieder anständig bezahlte Arbeit finden können. Der Schlüssel dazu heißt Qualifizierung - und die wollen wir in Zukunft noch zusätzlich stärken.

Weiterbildung ist ein Recht, das jede und jeder haben sollte, unabhängig vom Alter. Deshalb planen wir, dass jemand, der nach drei Monaten in der Arbeitslosigkeit keinen neuen Job

gefunden hat, bessere Möglichkeit zur Qualifizierung erhält. Die Zeit der Weiterbildung soll nicht mehr auf die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes angerechnet werden. In dieser Zeit soll das Arbeitslosengeld Q („Q“ für Qualifikation) in gleicher Höhe wie das Arbeitslosengeld I ausbezahlt werden. Wer danach nicht sofort einen neuen Job findet, kann dann wieder Arbeitslosengeld I erhalten. Das bedeutet: Das Arbeitslosengeld I soll zukünftig insgesamt bis zu 48 Monate bezogen werden können. Ich halte dies für eine richtige Korrektur an der richtigen Stelle der Agenda 2010.

Zudem wollen wir die Hürden für den Einstieg ins Arbeitslosengeld I

senken. Bislang konnte diese Leistung nur beziehen, wer in den letzten zwei Jahren zwölf Monate lang sozialversicherungspflichtig beschäftigt war - das wollen wir auf zehn Monate reduzieren.

Ihr seht, es gibt viel zu tun bei der Arbeitsmarktpolitik. Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass es endlich wieder gerechter zugeht in Deutschland. Auf dem Arbeitsmarkt gehört auch der Respekt vor der Lebensleistung dazu, denn Arbeitslosigkeit kann jeden von uns treffen. Für diesen Fall braucht es eine vernünftige Absicherung und faire Chancen für den erfolgreichen Wiedereinstieg. Dafür setzen wir uns als SPD ein.



03. Februar – Besuch bei der Onlineberatung da-sein.de in Oldenburg, Gewinner des Deutschen Bürgerpreises für ehrenamtliches Engagement.



04. Februar – Kohlfahrt mit der SPD Eversten um die Vorsitzende Jutta Böhne (vorne links) mit leckerem Essen und guten Gesprächen.



07. Februar – Versammlung mit dem SPD-Ortsverein Oldenburg Mitte-Süd beim Austausch zur Alterssicherung und anderen Themen.



08. Februar – Besuch bei der SPD Bad Zwischenahn um den Vorsitzenden Peter Wengelowski (Mitte) und Sigrid Rakow MdL (2. v.l.).



14. Februar – Auf der Kuppel des Reichstagsgebäudes mit den Besucherinnen und Besuchern meiner aktuellen politischen Informationsfahrt.



14. Februar – Letzten Sommer war es zu heiß dafür, darum erhielt Katarina Barley „erst jetzt“ von mir Oldenburger Pulvertürmchen.



15. Februar – Kinder sind keine Soldaten! Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen bei der Aktion „Red Hand Day“ im Bundestag.



16. Februar – Per Facebook Live im direkten Austausch mit der Heimat! Hier seht ihr unsere ausgefeilte Beleuchtungstechnik...



NEUE TURNHALLE

Metjendorf: 1,12 Millionen Euro aus Berlin für Ersatzneubau

Die Turnhalle kommt! Ein moderner Neubau als Ersatz für die alte Zwei-Feld-Turnhalle in Metjendorf wird mit 1,12 Millionen Euro aus Berlin gefördert. Das habe ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen. Bereits im Vorfeld hatte ich mich für die Förderung stark gemacht.

Als Metjendorfer und begeisterter Sportfan weiß ich, wie wichtig eine moderne und gut ausgestattete Turnhalle hier bei uns vor Ort ist. Sport macht nicht nur Freude, sondern stärkt auch den sozialen Zusammenhalt. Deswegen freue ich mich, dass der Haushaltsausschuss meinem Vorschlag

gefolgt ist und wir uns hier durchgesetzt haben.

Mit dem Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ des Bundesbauministeriums konnten in den vergangenen Jahren bereits Projekte mit einem Gesamtvolumen von 140 Millionen Euro gefördert werden - nun auch bei uns im Ammerland.



BUNDESFÖRDERUNG FÜR MARKTWÄCHTER

Beratung für Strom- und Gaskunden

Dass es zu Hause warm und gemütlich bleibt und die Lichter nicht ausgehen, ist ein Grundbedürfnis. Doch viele müssen sich mit schwarzen Schafen im Energiemarkt herumärgern: Anbietern, die ihren Kunden zweifelhafte Vertragsverlängerungen unterjubeln, intransparente Prämien versprechen oder unsauber abrechnen.

Deswegen wertet der „Marktwächter Energie“ in Niedersachsen Beschwerden aus, berät und geht wo nötig auch mit juristischen Mitteln gegen Abzocke vor. Ab diesem Jahr wird dieser Marktwächter auch aus Berlin gefördert. Das habe ich als zuständi-

ger Berichterstatter in den Haushaltsverhandlungen durchgesetzt.

Über dieses Projekt habe ich mich nun bei einem Besuch der Verbraucherzentrale Oldenburg informiert. Unser Fazit: Die Stärkung der Verbraucher muss uns auch weiterhin Geld wert sein.



VERANSTALTUNGSHINWEIS

Oldenburger Abend: „Anforderungen an eine zukunftsorientierte Rentenpolitik“

Niemand soll in unserer Gesellschaft im Alter in Armut leben müssen. Doch viel zu viele Menschen in unserem Land erhalten niedrige Renten, obwohl sie ihr ganzes Leben gearbeitet haben. Dem wollen wir als SPD den Riegel vorschieben.

Deswegen freue ich mich über die Einladung der SPD Oldenburg, im Rahmen eines „Oldenburger Abends“ die Pläne unserer Bundestagsfraktion für die zukünftige Ausgestaltung der Alterssicherung vorzustellen. Die Veranstaltung findet statt am

Donnerstag, den 16. März 2017,
um **19.30 Uhr** im „Havana“

(Donnerschweer Str. 8, 26123 Oldenburg).

Eine Anmeldung ist nicht nötig. Für weitere Informationen steht euch die SPD-Geschäftsstelle Oldenburg unter 0441 - 3611 7511 zur Verfügung.

DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 72 800

Fax: 030 - 227 76 800

eMail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Telefon: 0441 - 99 86 76 01

Fax: 0441 - 99 86 76 05

eMail: wahlkreis@dennis-rohde.de

www.dennisrohde.de
facebook.com/dennis.rohde
twitter.com/dennisrohde